



## GESELLSCHAFTLICHE GRENZVERSCHIEBUNGEN – ODER: FORTSCHRITT IN DER DEHUMANISIERUNG

In einem rassistisch-nationalistischen Tweet empfahl der US-Präsident den vier Kongressabgeordneten der Demokratischen Partei, Alexandria Ocasio-Cortez, Rashida Tlaib, Ilhan Omar und Ayanna Pressley (s. Bild), sie könnten doch in die Länder zurückkehren, aus denen sie gekommen seien, falls es ihnen in den USA nicht gefalle. Alle vier sind US-Staatsbürgerinnen und bis auf Ilhan Omar in den USA geboren. Die vier demokratischen Abgeordneten kritisierten den Präsidenten u.a. ob seiner menschenfeindlichen Asyl- und Immigrationspolitik scharf. Ilhan Omar erwiderte, dass der Präsident mit seiner „offen rassistischen Attacke“ die Agenda von weißen Nationalisten verfolge. Zugleich ist in den USA eine heftige Debatte darüber entbrannt, ob die Abschiebelager an der Südgrenze der USA, in der Asylsuchende und Immigrant\*innen unter unmenschlichen Zuständen eingesperrt sind, mit Konzentrationslagern verglichen werden dürfen, wie es die New Yorker Kongressabgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez nach einem Vor-Ort-Besuch tat. Inzwischen haben hunderte Wissenschaftler\*innen der Holocaust- und Genozidforschung erklärt, ein solcher Vergleich sei zulässig, um auf Entwicklungen aufmerksam

zu machen, die mit Menschenrechtsverletzungen sowie Schmerzen und Leiden einhergehen. Auf in Zeit und Raum übergreifende Ähnlichkeiten hinzuweisen, sei eine wesentliche Aufgabe der Forschung.

Über hundert junge jüdische Aktivist\*innen, die sich in der Gruppe „Never Again Action“ organisieren, blockierten kürzlich ein Internierungslager der US-Einwanderungs- und Zollbehörde (ICE)

---

*Hoffnung ist nichts, das man hat  
oder nicht hat. Hoffnung ist etwas,  
das man schafft, indem man etwas tut.*

*Alexandria Ocasio-Cortez*

---

in New Jersey. „Auf ihren Transparenzen beschreiben sie sich als Enkel von Holocaustüberlebenden. Als die erste von insgesamt 36 Demonstranten in Handschellen abgeführt wird, sagt die junge Frau einem Journalisten: ‚Meine Vorfahren waren Partisanen. Sie wären jetzt stolz auf mich.‘ Eine andere Festgenommene, die Liedermacherin Tae

Phoenix, schrieb in einem Artikel für Newsweek: ‚Wir tun das, was wir von Nichtjuden in Europa in den 30er und 40er Jahren erwartet hätten.‘“ (taz, 4.7.2019)

Walter Lübcke, der Regierungspräsident von Kassel, ist im Juni dieses Jahres ermordet worden. Der Tat verdächtig ist ein lang bekannter Neonazi aus Kassel. Neben ihm wurden zwei weitere Männer wegen Beihilfe zum Mord verhaftet, sie halfen mutmaßlich bei der Beschaffung der Schusswaffen. Walter Lübcke hatte seit 2015 Morddrohungen erhalten, als er auf einer Bürgerversammlung für die Errichtung einer Unterkunft für Flüchtlinge eintrat und dies mit seinen humanistischen Werten begründete. Auf Schmährufe einiger Anwesender entgegnete er, wer solche Wertvorstellungen nicht teile, dem sei es unbenommen, Deutschland zu verlassen. Sein mutmaßlicher Mörder saß bei der Veranstaltung im Publikum. Wir erinnern, der heutige Innenminister Horst Seehofer wollte sich mit seinen Christsozialen beim politischen Aschermittwoch im März 2011 noch „gegen Zuwanderung in deutsche Sozialsysteme wehren - bis zur letzten Patrone“. So wörtlich. (s. Seite 6)

Seit 1993 dokumentiert das europäische Netzwerk „United for intercultural action“ die Toten der inhumanen europäischen Abschottungspolitik gegen Menschen auf der Flucht: Bis April 2019 waren es 36.570 Menschenleben. Ein grausiges Massensterben an den Außengrenzen Europas, das weitgehend ignoriert wird. Die europäische Politik demokratischer, vorgeblich den Menschenrechten verpflichteter Staaten unternimmt alles, um die Migrationsrouten nach Europa zu blockieren. Nachdem die eigene Seenotrettung auf dem zentralen Mittelmeer eingestellt worden ist, werden seit einiger Zeit selbst die zivilen Seenotrettungsmissionen kriminalisiert und die Anlandung mit Schiffbrüchigen in einen nahegelegenen europäischen Hafen untersagt und unter Strafe gestellt. Während die EU mittlerweile bei jedem Fall neu darüber verhandelt, wer die vor dem Ertrinken geretteten Menschen in Europa aufnimmt, fördert sie zugleich mit all ihrer finanziellen Macht das militärisch und technisch hochgerüstete Grenzregime in den Sahelstaaten. Jenseits der mediterranen Urlaubsparadiese wird an vorverlagerten Grenzen auch zukünftig weiter gestorben. (s. Seite 4)

Nationalistische, extrem rechte Bewegungen und Parteien gelangen weltweit

an die Macht. Sie verfolgen zuallererst menschenfeindliche Migrationspolitiken, schüren und bedienen die kollektiven nationalistischen Aufwallungen. Auch mitten in Europa. Opportunistisch folgen europäische Regierungen dem rechtspopulistischen Trend mit asylgesetzgeberischer Kraft. Bislang haben sie damit die Spirale der Entgrenzung des Menschlichen weitergetrieben. Diese beunruhigenden Entwicklungen nehmen schon heute vorweg, wie auf die kommenden politischen, wirtschaftlichen und klimabedingten Krisen weltweit reagiert werden wird. Der Einsatz für eine auf Kooperation, Solidarität und Gleichheit basierende Weltgemeinschaft wird zunehmend ins Abseits des Nonkonformismus und der Illegalität gedrängt. Nicht nur das Retten von Menschenleben an den Peripherien des globalen Nordens, auch der Protest gegen den profitablen, Umwelt schädigenden und Klima anheizenden Extraktivismus transnationaler Konzerne gilt den politisch herrschenden Klassen bereits als subversiv und wird gesetzgeberisch bekämpft. In Mannheim wurden kürzlich die ersten Bußgeldbescheide an die Familien von Fridays-For-Future-Teilnehmenden verschickt, und das „Ende Gelände“-Bündnis, das die Blockade von Kohleinfrastruktur organisiert, wird von den Verfassungsschutzbehörden

mit dem Etikett „linksextremistisch“ versehen.

Diese sporadische Aufzählung allein zeigt schon, politische und Freiheitsrechte und sogar das Recht auf Leben – auch zukünftig – sind in den westlichen Demokratien nicht (mehr) selbstverständlich, wenn sie oppositionell gegen die vorherrschende imperiale Lebensweise in Anspruch genommen werden. Regierungen und Behörden sind selbst nicht nur des Unterlassens schuldig, sie verwenden ihre Energie zudem darauf, den Einsatz für das Recht auf Leben zu Straftaten zu erheben. Ein Mene-tel des autoritären Staates.

Noch sind da Kongressabgeordnete wie Alexandria Ocasio-Cortez, Rashida Tlaib, Ilhan Omar und Ayanna Pressley, Organisationen wie „Never Again Action“, Menschen wie Walter Lübcke, Organisationen der zivilen Seenotrettungsmissionen und die Bewegung „Seebrücke“, emanzipatorische Bewegungen wie „unteilbar“, Fridays for Future und „Ende Gelände“, die sich widersetzen. Dass dies notwendig ist, müsste einsichtig sein. Ob es auch möglich bleibt, wird sich daran entscheiden, wieviele sich an ihre Seite stellen und ihnen den Rücken stärken.

■ Redaktion

## Artikel und Kommentare

- **Bleiberecht für alle Schutz- und Rechtlosen**  
Gastbeitrag zum Weltflüchtlingstag von Ramona Lenz und Britta Rabe  
25. Juni 2019
- **Kaltland nicht aufgeben – Zynismus hilft nicht gegen rechts**  
Kommentar von Michèle Winkler  
19. Juni 2019
- **Handeln, wenn andere das nicht tun**  
Interview der Zeitschrift Graswurzelrevolution mit Michèle Winkler  
März 2019
- **Rente für Gefangene endlich umsetzen! Das Grundrechtekomitee fordert die Einlösung eines Gesetzesversprechens von 1977**  
Pressemitteilung vom 3. Juni 2019

## Erinnerung an Weggefährt\*innen

In diesen Informationen erinnern wir gesondert an den verstorbenen Klaus Vack, der vor vierzig Jahren das Grundrechtekomitee mitbegründet hat. Viele aus seiner Generation, die noch Kriegs- und Nachkriegszeit unmittelbar erlebt hatten, haben sich späterhin für eine andere deutsche Republik antimilitaristisch und pazifistisch engagiert – einige unter ihnen im Grundrechtekomitee. Wir teilen Schmerz und Gedenken an unsere friedenpolitischen Mitstreiter\*innen, die in den ersten Monaten dieses Jahres verstorben sind, und deren Namen wir uns auch ohne Zustimmung erlauben hier zu nennen:

Hans Ripper, Armin Stolle, Gudula Wegmann. Wir sind dankbar für den gemeinsam geteilten politischen Weg.

Wir wissen aber, es werden neue Generationen aus der Geschichte auftauchen, die wieder aufbegehren gegen falsche Obrigkeit, die nicht in Reih und Glied mitmarschieren werden. Wir möchten allen herzlich danken, die uns zuverlässig und freundlich verbunden bleiben und die die Arbeit des Grundrechtekomitees finanziell und ideell unterstützen.

■ Redaktion

## Mitgliederversammlung

Am Samstag, den 16. November 2019 findet in Köln unsere nächste Mitgliederversammlung statt.

Nähre Informationen folgen in einer persönlichen Einladung und online:

[www.grundrechtekomitee.de](http://www.grundrechtekomitee.de)

## SOMMERSPENDE

Wir haben als kleine Institution gemeinsam mit medico international die Bleiberechtskampagne initiiert. Sie stellt die an menschenrechtsgemäße Lebensbedingungen geknüpfte Würde des Menschen in den Mittelpunkt und findet bei Ihnen und Euch viel Zuspruch. Die angefallenen Kosten sind für einen kleinen Verein wie den unseren nicht leicht zu schultern. Wir bitten daher um eine solidarische Sommer-spende, mit der wir das Loch im Budget stopfen können.

Wir wünschen allen einen erholsamen Sommer!

## SPENDENKONTO

**Komitee für Grundrechte und Demokratie**  
Volksbank Odenwald  
IBAN DE76 5086 3513 0008 0246 18  
BIC GENODE51MIC

## UNSERE KAMPAGNE „BLEIBERECHT STATT AUSGRENZUNG“



Postkartenmotive der Bleiberechtskampagne

Die Situation für Illegalisierte und Geduldete wird sich mit den drastischen Verschärfungen im neu beschlossenen „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ noch deutlich verschlechtern. Es beinhaltet unter anderem einen neu geschaffenen Status unterhalb der Duldung, Leistungskürzungen unter das Existenzminimum und die nahezu unbegrenzte Erweiterung von Gründen für Abschiebungshaft. Unserer Forderung nach einem Bleiberecht für Illegalisierte und Geduldete erhält damit eine zusätzliche Aktualität und bezieht zugleich klar Position gegen den hiesigen Abschiebungs-Diskurs.

Mit unserer Petition wollen wir den Petitionsausschuss des Bundestages ermutigen, sich mit der Forderung nach einem Bleiberecht auseinanderzusetzen – neben anderen notwendigen Initiativen gegen Abschiebungen und für gesellschaftliche Teilhabe ist dies eine sinnvolle praktische Intervention. Denn was es heute braucht, sind nicht weitere Gesetze und Maßnah-

men der Entwürdigung und Entrechtung von Schutzsuchenden, sondern ein echtes Bekenntnis zur Menschenwürde. Unsere Forderung wird von vielen von euch geteilt und wir danken euch für die zugesandten Unterschriftenlisten, die unsere Petition unterstützen.

Das Logo unserer Kampagne, ein Paragrafen-Zeichen mit einem Anker daran, übersetzt unsere Forderung eindrücklich in ein Bild: Das Recht zu bleiben.

Unsere Kampagne läuft noch bis zum 31. August, es bleibt also genug Zeit für euch, um die Petition weiter zu verbreiten. Diesen Informationen liegt ein Flyer der Kampagne bei, der zugleich als Unterschriftenliste zu verwenden ist. Außerdem haben wir Plakate und Postkarten mit verschiedenen Motiven in der Geschäftsstelle vorrätig, die wir euch auf Anfrage gern zusenden. Konstantin Wecker, Gesine Schwan und Ilja Trojanow zeigen auf den Postkarten Gesicht und erklären, warum sie ein Bleiberecht für Geduldete und Illegalisierte wichtig finden.

[www.petition-bleiberecht.de](http://www.petition-bleiberecht.de)

■ Britta Rabe



Fotos © milk&water



Aktion am Landgericht Frankfurt. Ausschnitte aus unserem Kampagnen-Video, das auf [www.petition-bleiberecht.de](http://www.petition-bleiberecht.de) zu finden ist.

# DAS RECHT AUF LEBEN ZERSCHELLT AN DEN GRENZEN DER FESTUNG EUROPA

Laut Artikel 3 der Charta der Menschenrechte steht jedem Menschen das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person zu. Für die Gestrandeten und Flüchtenden in Libyen gilt das aus Sicht der EU allerdings nicht gleichermaßen. Die jüngsten Blockaden von Schiffen der zivilen Seenotrettung vor den Häfen Europas sowie die Kriminalisierung der Crews, darunter der Kapitänin Carola Rackete, demonstrieren die realen Machtverhältnisse auf dem zentralen Mittelmeer in aller Brutalität. Die EU-Staaten entscheiden über die Aufnahme der Geretteten auf den Schiffen der zivilen Rettungsflotte stets von Fall zu Fall, eilig haben sie es dabei gewöhnlich nicht. Die Einigung zwischen Deutschland und weiteren EU-Staaten über die Aufteilung der 40 Überlebenden auf der Sea Watch erfolgte erst nach drei erschöpfenden Wochen.

Doch nur ein Bruchteil derjenigen, die aus den libyschen Gewaltverhältnissen fliehen, wird von der zivilen Seenotrettung aufgegriffen. Die weitaus meisten werden auf dem Weg nach oder in Libyen selbst festgehalten und dies mit aktiver Hilfe der EU: Mit Geldern für „Entwicklungshilfe“ werden afrikanische Anrainerstaaten Libyens erpresst, aktiv die EU-Grenzvorverlagerung vor Ort militärisch durchzusetzen. Auf liby-



Ein Demonstrant weist auf die unmenschliche Situation in den Lagern Libyens hin. Foto: dpa

schem Territorium und auf dem Mittelmeer ist das Werkzeug der EU die sogenannte libysche Küstenwache, die zusammen mit Polizei und Milizen die Flucht gewaltsam unterbindet und die

---

*Das stets in schärfere Gesetze  
gegossene Unrecht zwingt zu Aktionen  
zivilen Ungehorsams,  
um dem Menschenrecht  
zum Recht zu verhelfen.*

---

Menschen in die Hölle des Bürgerkrieges und Folterlager zurückschafft. Bis Mitte Juli dieses Jahres erlitten 3.959 Menschen dieses Schicksal. Nach offiziellen Zahlen ertranken 2019 bislang über 400

Menschen bei dem Versuch, das Mittelmeer mit seeuntauglichen Booten zwischen Libyen und Europa zu überqueren. Selbst wenn die Menschen in internationalen Gewässern in Seenot geraten und von den Militärschiffen und Flugzeugen der EU gesichtet werden, initiieren diese jedoch keine Rettungsaktion, sondern verbleiben in Warteposition, bis ein Schiff der libyschen Küstenwache die Menschen aufgreift.

Stellen wir uns einmal vor, Europäer\*innen würden mehrere Tage in einem einfachen Schlauchboot auf dem Meer treiben, an Bord befinden sich auch Frauen, darunter vielleicht Schwangere, Kinder und Kranke. Das Boot ist überfüllt; die Menschen seit Tagen unterwegs, dehydriert und hungrig. Sie waren nachts bei völliger Dunkelheit auf dem Meer unterwegs, haben vielleicht bereits das Sterben von Mitpassagieren oder Panikattacken auf der Überfahrt erlebt. Hinter ihnen liegen zudem die traumatischen Erfahrungen der Flucht und der Gefangenschaft in Libyens Folterverliesen. Für Menschen mit einem EU-Pass würde die Situation als dringender Notfall eingestuft und die notwendige Seenotrettung in Minutenschnelle veranlasst. Es würden sofort Ärzt\*innen und Psycholog\*innen aktiviert, um die Menschen zu versorgen. Für die Fliehenden aus Libyen gilt dies alles nicht: Hier wird regelmäßig eine Notlage angezweifelt, ihre Ausschiffung zurück nach Libyen oder Tunesien durchgeführt oder zumindest angewiesen, obwohl in dem einen Land ein mörderischer Bürgerkrieg herrscht und im anderen kein Asylrecht existiert.



Die zivilen Seenotretter\*innen bestehen dagegen auf der seerechtlichen Maßgabe, Gerettete in einen sicheren Hafen zu bringen – und solche existieren nur in Europa. In Kenntnis dieser Sachlage steuerte Carola Rackete die Sea Watch nach 14 erzwungenen Tagen auf See den Hafen von Lampedusa an. Dort wartete bereits ein von Matteo Salvini rechtzeitig maßgeschneidertes Gesetz, das unter anderem den Transport von Geretteten nach Italien mit bis zu 50.000 Euro Strafe belegte. Die für die Weiterführung der Haft zuständige Richterin entschied jedoch, die Gesetze trafen auf den Fall der Sea Watch nicht zu, so dass Carola Rackete frei kam. Innenminister Salvini passt derweil sein Gesetz für nachfolgende Fälle an und will unter anderem die Strafe auf eine Million Euro erhöhen.

Das stets in schärfere Gesetze gegossene Unrecht klassifiziert menschenrechtlich gebotenes, solidarisches Handeln auf diese Weise immer häufiger als Gesetzesbruch und zwingt

damit zu Aktionen zivilen Ungehorsams, um dem Menschenrecht zum Recht zu verhelfen.

Der aktuelle Vorschlag der Bundesregierung, Deutschland und die Nachbarländer sollten als „Koalition der Willigen“ zukünftig von jedem Rettungsboot ein festes Kontingent an Geretteten aufnehmen, würde vermutlich die langen, erzwungenen Wartepartien vor den europäischen Häfen vermeiden helfen. Ein solcher Beschluss wäre darüber hinaus allerdings vor allem ein symbolischer Akt, denn die Zahl der Rettungsboote ist aufgrund der ständigen Blockaden und Kriminalisierungsversuche durch einzelne EU-Staaten – neben Italien auch Deutschland, Spanien und die Niederlande – inzwischen so stark dezimiert, dass an den meisten Tagen kein einziges Schiff in der europäisch produzierten Todeszone vor Libyen präsent ist. Deutschland hat inklusive der jüngsten Zusage für 13 Gerettete der Sea Watch in den vergangenen 12 Monaten insgesamt die

Aufnahme von rund 250 Geretteten zugesagt, die von Schiffen nach Italien und Malta gebracht worden sind: Eine absurd geringe Anzahl an Menschen angesichts der solidarischen Angebote diverser Kommunen bundesweit, als „sichere Häfen“ Gerettete im Rahmen der Aktion Seebrücke aufzunehmen. Und ein Hohn angesichts der gewalt- eskalierenden Verhältnisse in Libyen. Doch reicht selbst die Aufnahme einer Handvoll Geflüchteter, um weiter populistische Stimmung zu betreiben: Aus der CDU und der FDP tönt es sogleich, diese humanitäre Bereitschaft könnte weitere Menschen zur Flucht animieren. Gegen das kalkulierte Sterbenlassen auf dem Mittelmeer sind allerdings sichere Fluchtwege und der Respekt des geltenden See- und Völkerrechts grundlegend. „Black Lives Matter – Schwarze Leben zählen!“ bleibt bei der Diskussion um Kriminalisierung von Flucht und Seenotrettung eine zentrale Botschaft.

■ Britta Rabe

## Der Sommer der Solidarität – Unteilbar für ein Bleiberecht!

Am 24. August treffen wir uns mit vielen Tausenden – hoffentlich auch mit dem ein oder anderen von euch – zur #unteilbar-Demonstration in Dresden. Das Datum ist mit Bedacht gewählt: Genau acht Tage vor den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen wird ein hoffnungsvolles und kämpferisches Signal gesendet, unter dem Motto „Für eine offene und freie Gesellschaft – Solidarität statt Ausgrenzung!“. Die Demonstration in Dresden ist nur der Höhepunkt eines Sommers der Solidarität, der am 6. Juli seinen Auftakt in Leipzig fand und mit kleinen und großen Veranstaltungen an verschiedensten Orten gestaltet wird. So startete am 20. Juli in Zwickau eine Konzert- und Marktplatztour unter dem Motto „Wann Wenn nicht Jetzt“, die bis in den Herbst in verschiedensten kleineren Städten in Brandenburg, Sachsen und Thüringen ihre Zelte aufschlagen wird. Dabei reicht das Programm von Diskussionsveranstaltungen und Lesungen über Fußballturniere, Ausstellungen und Graffiti-Workshops bis hin zu Theateraufführungen und Filmabenden. Gestaltet wird die Tour in Zusammenarbeit von Aktiven vor Ort und mit Unterstützung aus den größeren Städten, was



den schönen Nebeneffekt einer Vernetzung progressiver Akteur\*innen mit sich bringt. Der Höhepunkt jedes Tourstopps ist ein abendliches Marktplatzkonzert mit politischen Künstler\*innen, örtlichen Musiker\*innen und bekannten Bands und DJ-Kollektiven.

Wir unterstützen diesen Sommer der Solidarität und im Besonderen die #unteilbar-Demonstration in Dresden,

deren Aufruf wir selbstverständlich mitgezeichnet haben. Darin heißt es unter anderem: „Für ein offenes Land mit freien Menschen“ unter diesem Banner gingen im Jahr 1989 Menschen in Sachsen auf die Straße. Diese Botschaft hat bis heute nicht an Relevanz verloren und soll in diesem Sommer auf die Straßen zurückkehren. So treten wir ein für eine offene und solidarische Gesellschaft, in der Menschenrechte unteilbar und vielfältige und selbstbestimmte Lebensentwürfe selbstverständlich sind – in Sachsen, Deutschland und weltweit.“ Die Verbindung der vielfältigen Themen und Schwerpunkte, die im unteilbar-Bündnis zusammengedacht werden, wird sich auch auf der Demonstration widerspiegeln. Als Grundrechtekomitee ist es uns in diesem Jahr wichtig, mit unserem Thema „Bleiberecht statt Ausgrenzung“ sichtbar zu werden. Wir freuen uns sehr darauf mit langjährigen oder ganz neuen Weggefährter\*innen unser Banner durch Dresdens Straßen zu tragen. Wir wollen unserer Forderung nach einem Bleiberecht Nachdruck verleihen. Wir sehen uns am 24. August in Dresden!

■ Michèle Winkler



NSU  
STAAT &  
NAZIS  
HAND IN HAND

## DER RECHTE RAND

### REICHT BIS IN DIE MITTE

Die klare Positionierung für die kommunale Aufnahme von Geflüchteten im Jahr 2015 hat den Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke sein Leben gekostet: Er wurde im Juni 2019 durch einen Kopfschuss ermordet. Oft wird darauf hingewiesen, dies sei der erste rechte Mord an einem Politiker nach 1945. Als Mensch ist Walter Lübcke allerdings einer von mindestens 170 Personen, die laut einer Studie vom Tagespiegel bundesweit seit 1990 durch rechte Gewalttaten ums Leben gekommen sind. Ein Mann aus Eritrea überlebte einige Wochen später den rassistischen Mordversuch eines rechten Attentäters im hessischen Wächtersbach nur knapp. Auch hier wurde von einer Schusswaffe Gebrauch gemacht.

„Der Rechtsextremismus müsse in seinen Anfängen bekämpft werden“, forderte Angela Merkel kürzlich auf dem Evangelischen Kirchentag in Dortmund nach dem gewaltsamen Tod ihres Parteikollegen. Dazu müsste die Uhr allerdings um Jahrzehnte zurückgedreht werden. Bereits die rassistischen Anschläge und Pogrome zu Anfang der 1990er Jahre in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Solingen und anderswo wurden von der „Das Boot ist voll“-Rhetorik der damaligen Bundesregierung begleitet, wenn nicht gar mitproduziert. Im Anschluss wurden die Täter\*innen mit der faktischen Abschaffung des ausnahmelosen Grundrechts auf Asyl 1993 quasi belohnt. Heute wird die politische Verantwortung für das menschenverachtende, ideologische Klima, das den Mord an Walter Lübcke zweifelsohne begünstig-

te, allein auf die rassistische und islamophobe Demagogie der AfD abgewälzt, während in Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern die ersten Politiker\*innen der CDU auf kommunaler Ebene eine Zusammenarbeit mit den völkischen Nationalist\*innen eingehen. Gleichzeitig macht die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD mit steten Gesetzesverschärfungen in der Asyl- und Aufenthaltspolitik aus Geflüchteten Straftäter, verschärft und entgrenzt die Abschiebehaft und Innenminister Horst Seehofer hält entgegen aller Warnungen vor der prekären Sicherheitslage in Afghanistan Abschiebungen dorthin generell für vertretbar.

---

*„Von der Humanität durch Nationalität  
zur Bestialität“*

*Franz Grillparzer zur Bildung*

---

Die Sicherheitsbehörden nehmen den mutmaßlichen rechtsterroristischen Mord an Walter Lübcke zum Anlass, den Verfassungsschutz weiter ausbauen zu wollen und erweiterte Befugnisse wie Staatstrojaner, Online-Durchsuchung und den Zugang zu verschlüsselter Messenger-Kommunikation erneut zu legitimieren.

Es waren allerdings nicht zu geringe nachrichtendienstliche Befugnisse, weshalb der Verfassungsschutz den NSU nicht aufdeckte: Dies tat der NSU im Jahr 2011 bekanntlich selbst. Trotz intensivem und jahrzehntelangem Einsatz von V-Männern in der rechtsradikalen Szene – nachweislich im Um-

feld des NSU – besitzen die Sicherheitsbehörden offensichtlich nur ein sehr oberflächliches Verständnis von den Strukturen und Arbeitsweisen der extrem rechten Netzwerke oder verharmlosen sie bewusst. Nach der Selbstenttarnung des NSU tat der Verfassungsschutz sein Bestes, möglichst nichts bis wenig zur Aufklärung beitragen zu müssen. Quellschutz vor Opferschutz ist das Mantra der Behörde.

Während das Netzwerk des NSU weiterhin nicht vollständig aufgeklärt wird, erklärt man den mutmaßlichen Mörder Walter Lübckes vorschnell zum Einzeltäter. Die bis heute angewandte juristische Definition einer „terroristischen Vereinigung“ ist zur Erfassung des rechtsterroristischen Konzepts des „führungslosen Widerstandes“ allerdings auch ungeeignet – obwohl dort bekanntlich bereits seit den 1990er Jahren Gewalttaten durch Einzelpersonen und durch kleine autonome Zellen propagiert werden. Walter Lübcke tauchte bereits auf einer Namensliste des NSU auf. Eine Todesliste mit 25.000 Namen bundesweiter „politischer Gegner“ führen auch rechtsterroristische Netzwerke wie „Nordkreuz“ und „Revolution Chemnitz“ für den „Tag X“, an dem diese Personen liquidiert werden sollten, wie seit dem Jahr 2017 bekannt ist. Damals verbreitete der AfD-Politiker Heiner Merz die Daten ebenfalls via Email und forderte zu „fantasievollen Gegenmaßnahmen“ auf. Namenslisten werden zudem in Polizeirevieren gesammelt: in Frankfurt erhielten auf den Listen genannte Personen Todesdrohungen, gezeichnet mit dem Pseudonym „NSU2.0“. Der rechte Abgrund reicht also bis in Teile der nur mangelhaft kontrollierten Sicherheitsapparate.

Es ist somit offensichtlich, dass den Sicherheitsbehörden der Kampf gegen rechts nicht überlassen werden darf. Dies ist vielmehr eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Rassismus, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus müssen wir klar als solche benennen. Diese dürfen nicht als „Fremdenfeindlichkeit“ oder gar „Asylkritik“ verharmlost werden und menschenverachtende Haltungen und Reden damit nicht länger salonfähig bleiben. Die Betroffenen von rassistischer und rechter Hetze und Gewalt müssen gehört, ernst genommen und geschützt werden.

Klaus Vack, Mitbegründer des Komitees für Grundrechte und Demokratie, ist am 18. Mai 2019, einen Tag nach seinem 84. Geburtstag, verstorben. Wir nehmen Abschied von einem Freund, Genossen und Mitstreiter, einem radikalen Pazifisten und leidenschaftlichen Sozialisten, einem engagierten Bürger- und Menschenrechtler, der die Freiheit und Gleichheit aller Menschen stets im Blick hatte, ihre Integrität achtete und Solidarität praktisch lebte. Und der immer an „einem emphatisch außerparlamentarischen, basispolitischen [...] Verständnis sozialistischer Politik“ festhielt, wie er selbst 1985 in seiner biographischen Skizze notierte.

Wie aber könnte ein derart politisch aktives Leben, wie Klaus Vack es über mehrere Jahrzehnte zusammen mit seiner Lebensgefährtin Hanne Vack geführt hat, angemessen gewürdigt werden? [...] Klaus Vack war immer bewusst, dass er und seine Mitstreiterinnen Kinder ihrer Zeit waren und die eben in dieser Zeit handelten mit allen ihren Hoffnungen, Utopien und Identifikationen.

Klaus Vack war einer der Protagonisten der außerparlamentarischen Bewegungen, die die frühe, noch stark nationalsozialistisch geprägte bundesrepublikanische Gesellschaft bis in die jüngste vermeintlich vergangenheitsgeläuterte Gegenwart begleiteten: Er initiierte Demonstrationen gegen die Remilitarisierung bereits in den 1950er Jahren, damit einhergehend die Kampagnen zur Unterstützung der Kriegsdienstverweigerer, organisierte die pazifistische und antimilitaristische Ostermarschbewegung u.a. zusammen mit seinem lebenslangen Weggefährten Andreas Buro in den 1960er Jahren, beteiligte sich an den Protesten gegen die Notstandsgesetze, arbeitete für die undogmatische „Neue Linke“ im „Sozialistischen Büro“ und organisierte von dort aus zahlreiche Kongresse [...], Demonstrationen und Publikationen; er gehörte zu den Mitinitiatoren der neuen Friedensbewegung Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre gegen den NATO-Doppelbeschluss mit gewaltfreien Blockaden und Aktionen, Protestmärschen und Menschenketten. [...] Es sind die neuen sozialen Bewegungen (u.a. Anti-AKW-, Ökologie-, Frauen- und Neue Friedensbewegung), in denen auch Klaus und Hanne Vack politisch und praktisch mitwirkten, die den „Zivilen Ungehorsam“ als Form politischen Protestes wiederentdeckten und ausgiebig praktizierten. Exemplarisch: Volkszählungsboykott (1987), Protest und Bundestagsblockade gegen die Asylgrundrechtsverstümmelung (1993) und viele weitere Aktionen von Platzbesetzungen bis zum Versuch ei-

nen Abschiebeknast in Worms zu entzäunen (1994). Und nicht selten standen die beiden zusammen mit vielen anderen wegen solch gewaltfreier, zivil-ungehorsamer Aktionen vor Gericht. Zuletzt noch im Jahr 2000 vor dem Berliner Amtsgericht Tiergarten, weil sie einen Desertionsaufruf an die beteiligten Bundeswehr-Soldaten am Nato-Krieg gegen die Republik Jugoslawien



Hanne und Klaus Vack

---

*„Viele kleine Leute an vielen kleinen Orten, die viele kleine Schritte tun, können das Gesicht der Welt zum Guten verändern.“*

*Klaus Vack, Rede Friedensmarsch 1991*

---

unterzeichnet und verbreitet hatten. Da bestand das Komitee für Grundrechte und Demokratie, das sie zusammen mit andern langjährigen Mitstreiterinnen und Mitstreitern kurz nach dem internationalen Russell Tribunal zur Lage der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1980 gegründet hatten, bereits zwanzig Jahre. [...]

Für Klaus und Hanne Vack standen seit der Gründung des Komitees für Grundrechte und Demokratie vornehmlich die friedenspolitischen Aktivitäten im Vordergrund. Ihr politisches Engagement galt seit den zerstörerischen Ju-

goslawienkriegen (Anfang 1991), europäisch lange Zeit mitleid- und tatenlos beäugt, die tatkräftige, humanitär menschenrechtliche Hilfe im vormaligen Jugoslawien und später in den Nachfolgerepubliken. Daraus ist das „Projekt Ferien vom Krieg“ entstanden, das Helga Dieter um Begegnungen palästinensischer und israelischer Jugendlicher aus historischer Verantwortung erweiterte [...]

Viele der politischen Konflikte, die Klaus Vack in seinem aktiven Leben aufgegriffen und mit praktischer Phantasie angegangen ist, sind längst noch nicht gelöst. Sie schwären blutig kriegerisch, tödlich und menschenfeindlich weiter. Jedoch auch neue Generationen stehen auf, führen die Tradition des gewaltfreien, zivil-ungehorsamen Protests gegen die kapitalistische Ausbeutung von Menschen und Natur, gegen die in die liberaldemokratisch-parlamentarische Form vergegenständlichte Kapitalherrschaft, die noch aus Krisen und Kriegen Profit zieht, phantasievoll, kritisch und kollektiv fort. Sie werden höchstwahrscheinlich Klaus Vack nicht mehr kennen, dafür ist die Generation viel zu jung, aber sie greifen wie selbstverständlich eine politische, außerparlamentarische Widerstandskultur in der Bundesrepublik Deutschland auf, die Klaus Vack politisch lernend sein Leben lang, organisatorisch talentiert, erprobt und leidenschaftlich praktiziert und damit auch entscheidend geprägt hat. Ein anderes, ein radikaldemokratisches und ermutigendes Deutschland existiert in diesen neoliberalen und nationalpopulistischen Zeiten auch dank Hanne und Klaus Vack und den vielen, vielen anderen Zeitgenossen und Zeitgenossinnen, die mit den beiden für eine andere Welt, so nannte man das allerdings damals noch nicht, gekämpft haben. Aber wie von Klaus Vack erhofft, ist die Flamme des außerparlamentarischen und radikaldemokratischen Protests nicht erloschen. Klaus und die jetzt verwitwete Hanne Vack haben das politische Menschenrechtsverständnis des Grundrechtekomitees tiefgreifend mitgeprägt.

Der vollständige Nachruf:  
[www.grundrechtekomitee.de](http://www.grundrechtekomitee.de)



Foto: Busse/  
Bergedorfer Zeitung

## Geschichte schreiben – Einen Dank für eine ganz besondere Spende aus Hamburg!

Im Juni erreichte uns eine ganz besondere Spende: Eine Klasse des 10. Jahrgangs des Luisen-Gymnasiums in Hamburg-Bergedorf überreichte uns 800 Euro. Die Klasse hatte mit einer bemerkenswerten Arbeit über die Konflikte 1969/70 an ihrer Schule am Geschichtswettbewerb um den Preis des Bundespräsidenten teilgenommen und den Landespreis gewonnen.

Alles begann, so schreiben die Schüler\*innen, mit einem Gerücht: „An unserer Schule war eine spätere RAF-Terroristin.“ Sie beginnen zu recherchieren. Es geht um die inzwischen verstorbene Christa Eckes, ehemalige Schülerin des Gymnasiums. Mit einem feinen Gespür, großer Sorgfalt und Fairness gegenüber den verschiedenen Akteuren zeichnen die Schüler\*innen ein präzises Bild der Ereignisse von vor 50 Jahren. Wie in einem Brennglas wird deutlich, wie sich das, was mit dem Begriff von „1968“ verbunden wird, im kleinen Maßstab entwickelt und dann wichtiger Teil der jüngeren deutschen Demokratiegeschichte wird.

Ausgehend von Christa Eckes' Engagement für ihre Mitschüler\*innen und für mehr Demokratie in der Schule ent-

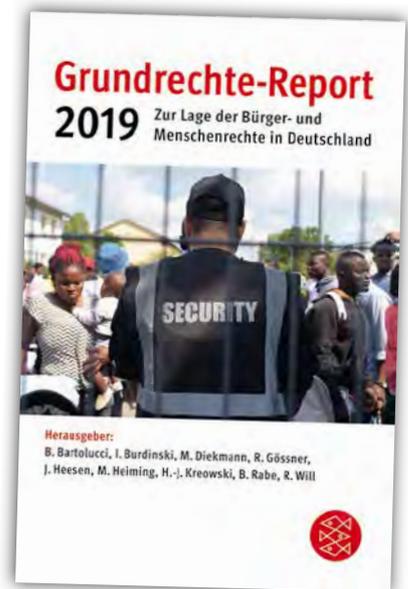
stehen Konflikte, die schnell zu Rissen im gesamten Schulbetrieb führen und an dessen vorläufigem Ende ein Schulverweis steht. Auch weil dieser sich als unrechtmäßig herausstellt und zurückgenommen werden muss, führt das zur Polarisierung um die Infragestellung der autoritären Schulverhältnisse, die schließlich auch zur Zwangsversetzung eines Lehrers führt.

Die Schüler\*innen haben Archive durchsucht, Zeitzeugen ausfindig gemacht und interviewt. Sie haben ihre Ergebnisse in die Form der damaligen Schülerzeitung „die titellose“ gebracht. Schon damit weisen sie darauf hin, dass es zwar etliche Brüche gibt, aber auch Kontinuitäten. So analysieren die Schüler\*innen eine offizielle Schulchronik von 1988 und finden heraus, dass die Darstellung der knapp 20 Jahre zurückliegenden einschneidenden Konflikte im Wesentlichen aus der Perspektive der damaligen Schulleitung geschrieben wurde. Das dürfe so nicht stehen bleiben, sagen die heutigen Schüler\*innen und korrigieren sie weitere 30 Jahre später. Dies gelingt ihnen hervorragend, den Leser\*innen der neu aufgelegten „titellosen“ erschließt sich ein wichtiger Aspekt aktueller Zeitgeschichte.

Wie aber kommt es zur Spende an das Grundrechtekomitee? Weil die Druckkosten des 134-seitigen Heftes gesponsert wurden und die Nachfrage so groß war, dass das Heft schnell ausverkauft war, blieb ein Erlös von 800 Euro. Die Klasse beriet und entschied sich, diesen dem Grundrechtekomitee zu spenden, weil es sich auch heute noch an den Punkten engagiert, um die es sich schon vor 50 Jahren zu streiten lohnte. Wir freuen uns sehr und sagen DANKE!

■ Theo Christiansen

Montag, 1. Juli 2019, Bergedorfer Zeitung



Der aktuelle Grundrechteport ist für unsere Fördermitglieder portofrei über die Geschäftsstelle des Grundrechtekomitees zu beziehen. Für alle anderen interessierten Leser\*innen kostet er 12 Euro.

## DATENSCHUTZ

Zum Datenschutz gemäß der EU-Datenschutzgrundverordnung: Wir halten gerne mit Ihnen Kontakt: Ihre Daten (Postanschrift) haben wir ausschließlich gespeichert, um Ihnen unseren Newsletter (ggf. Spendenbescheinigungen) zuzusenden. Es ist selbstverständlich, dass wir Ihre Daten nicht weitergeben werden. Sie können jederzeit Ihre Einwilligung, den Newsletter von uns zu erhalten, über die Anschrift und Kontaktdaten der Geschäftsstelle widerrufen und die Löschung Ihrer Adressdaten verlangen. Ebenso erteilen wir Ihnen jederzeit Auskunft, welche Daten wir von Ihnen gespeichert haben.

## GRUNDRECHTE KOMITEE.de

Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.

Aquinostraße 7-11  
50670 Köln

Telefon 0221 97269 -30  
Fax 0221 97269 -31

info@grundrechtekomitee.de  
www.grundrechtekomitee.de

IBAN DE76 5086 3513 0008 0246 18  
BIC GENODE51MIC

Redaktion  
Britta Rabe, Michèle Winkler  
und Dirk Vogelskamp

Layout  
Bettina Jung • boo graphics  
www.boographics.de